

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Nr. 558 Jahrg. 215

Abend-Ausgabe
Bezugspreis: monatlich 3 M., 300. — mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und andere Auslagenstellen entgegen.
Halle'sche Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610. — Druckerei: Telebita 29 512.

Halle-Saale
Dienstag, 28. November 1922

Anzeigenpreis: Die Spalte 14 mm breit im Monatspreis 20. — A. Die Spalte 90 mm breit im Monatspreis 30. — A. Neben nach Satz. Einrückung: Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Hauptstadt Nr. 839
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag: n. Druck von Otto Ubbelohde, Halle-Saale

Unverhörte französische Pläne

Frankreich beabsichtigt, die Rheinlande stärker zu unterjochen. Es will die deutschen Beamten durch französische ersetzen. Es plant die Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebiets

Paris, 28. November.
In einer über die gestrige Sitzung im Elysée ausgegebenen offiziellen Note heißt es, da die Weisheit der französischen Regierung vielfach nicht statfinden werde, da sie möglicherweise kein Ergebnis haben werde und insbesondere deshalb, weil der Reichstag dem Reichspräsidenten eine Mehrheit verschafft habe, die einmütig die Note über die Reparationen billigt, doch heißt es ferner, daß Deutschland sich den Reparationsverpflichtungen entziele, so begreife man, daß die französische Regierung in ihrer letzten Note, die Besetzung zu erlangen, Wert darauf gelegt habe, zu untersuchen, welche Mittel ihr diese Möglichkeit verschaffen könnten.

Wir glauben zu wissen, jetzt die Note auseinander, daß die Maßnahmen, die in Betracht gezogen wurden, wir sagen nicht, beschlossen wurden, und die man als geeignet für die Garantie unserer Rechte erachtet, wenn man diese bestritten würde, folgende sind:
1. eine vollständige Besetzung der Rheinlande, die Frankreich jetzt besetzt hält, eine Besetzung, die namentlich in der Erkennung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnte;
2. Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Bochum, so daß die Besetzung von Deutschland auf das Reparationskonto zu liefernde Kohle und der für die französische Industrie erforderliche Ölkohl gesichert würden.

Wir glauben zu wissen, jetzt die Note auseinander, daß die Maßnahmen, die in Betracht gezogen wurden, wir sagen nicht, beschlossen wurden, und die man als geeignet für die Garantie unserer Rechte erachtet, wenn man diese bestritten würde, folgende sind:
1. eine vollständige Besetzung der Rheinlande, die Frankreich jetzt besetzt hält, eine Besetzung, die namentlich in der Erkennung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnte;
2. Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Bochum, so daß die Besetzung von Deutschland auf das Reparationskonto zu liefernde Kohle und der für die französische Industrie erforderliche Ölkohl gesichert würden.

Wahnsinnspolitik

Eine kaum glaubliche Nachricht kommt aus Paris. Das französische Kabinett, das gestern getagt und sich mit den Reparationsfragen beschäftigt hat, hat Maßnahmen ergriffen, nach denen, wie es offiziell heißt, noch nicht beschlossen, die jedem vernünftigen Menschen zu der Frage veranlassen müssen: Sollen in französisches Kabinett wirklich noch Menschen mit gewöhnlichen Verstand oder Verstand?

Der Pariser „Times“-Korrespondent glaubt zu wissen, daß die englischen Vertreter in der Reparationskommission jetzt grundsätzlich nicht mehr gegen die französische Forderung nach prohibitiven Garantien einzuwenden hätten. Wenn der Plan, den Poincaré der letzten Londoner Konferenz unterbreitet hatte, in einigen Punkten abgeändert werde, sei es wahrscheinlich, daß England sich seiner Zustimmung nicht mehr widersetzt.
Am 26. und 27. Nov. hat sich, daß der englischen Volkspartei am Sonntag eine französische Note überreicht wurde. Wäre dieser Vorfall über ihren Inhalt vor bisher nicht zu erlangen. Es scheint, daß Poincaré das Londoner Kabinett über den Verlauf der französisch-englischen Verhandlungen im Lauf von einer Woche in Kenntnis gesetzt hat, auf gewisse Teile der Volkspartei zu verzichten, ist an französischer Regierung Stelle nicht bekannt.

Die Rede des Reichspräsidenten Cuno und die neue politische Stimmung, die darin zum Ausdruck kommt, wird von den Zeitungen im allgemeinen feindselig kommentiert. Die Linkspresse sieht in der neuen Regierung das Wiedererwachen der Reaktion und den Beginn einer Aera der Reaktion. Die rechte Presse dagegen will in der Rede Cunos einen herausfordernden Ton und das Wiedererwachen eines erstarrten Nationalismus erblicken.
„Opinion“ erklärt, der einzige Unterschied zwischen Wirth und Cuno sei der, daß Wirth nicht bezahle und sich entschuldigen, während Cuno nicht bezahlen werde, ohne sich zu entschuldigen.
„Revue“ zufolge hat sich Cuno über Frankreich lustig gemacht. Auf die Angriffe gegen Poincaré erklärt das Blatt, daß Poincaré noch immer der rechte Mann der gegenwärtigen Lage sei. Die Lage sei, immerhin nicht so schlimm, daß man daran denken müßte, Clemenceau zurückzurufen.

Regierungs-Maßnahmen

Paris, 28. November.
Vestern vormittag hat im Elysée unter Millerands Vorsitz und Teilnahme von Poincaré, Koch, dem Kriegsminister, dem Finanzminister, dem Minister für die besetzten Gebiete und den französischen Delegierten bei der Reparationskommission, eine wichtige Konferenz stattgefunden.
Cuno berichtet über die Sitzung im Elysée eine Mitteilung, in der es u. a. heißt, sie glaube zu wissen, daß die Regierung sich ausgiebig damit beschäftigt, die Wirth'schen Maßnahmen, die er in seiner letzten Note über die Reparationsfrage mitgeteilt hat, zu prüfen. Es sei ein Aktionsplan vorbereitet, den Poincaré seinem englischen, italienischen und belgischen Kollegen mitteilen wird. Im Laufe der Vorbereitungen zur Brüsseler Konferenz zur Ratifizierung vorliegen werde.
Die französische Regierung werde getrieben der auf der letzten Konferenz von Poincaré aufgestellten These gemäß, die eine aus der Reparationsfrage resultierende Entbindung Deutschlands von seinen Verpflichtungen zu bedeuten, wenn es nicht als genöthigt Schuldner eines anderen Wert stelle. In der Tat würde die Besetzung des Ruhrgebiets den Willkür unterworfen. Die Besetzung des Ruhrgebiets würde dem Reich zur Erfüllung des Vertrages zwingen, denn das Reich würde dann bemerkt werden, daß die Hypothek aufgehoben werden. Die Aushebung der Staatsgaranten im Ruhrgebiet soll in Auge gefaßt werden sein.

Paris, 27. November.
Die Pariser „Times“-Korrespondent glaubt zu wissen, daß die englischen Vertreter in der Reparationskommission jetzt grundsätzlich nicht mehr gegen die französische Forderung nach prohibitiven Garantien einzuwenden hätten. Wenn der Plan, den Poincaré der letzten Londoner Konferenz unterbreitet hatte, in einigen Punkten abgeändert werde, sei es wahrscheinlich, daß England sich seiner Zustimmung nicht mehr widersetzt.
Am 26. und 27. Nov. hat sich, daß der englischen Volkspartei am Sonntag eine französische Note überreicht wurde. Wäre dieser Vorfall über ihren Inhalt vor bisher nicht zu erlangen. Es scheint, daß Poincaré das Londoner Kabinett über den Verlauf der französisch-englischen Verhandlungen im Lauf von einer Woche in Kenntnis gesetzt hat, auf gewisse Teile der Volkspartei zu verzichten, ist an französischer Regierung Stelle nicht bekannt.

Das deutsche Wirtschaftsleben

Generaldirektor Bögler über die Erfordernisse zur Besserung unserer Lage.
Auf der Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute gab der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Ing. e. h. Bögler, einen Bericht über die Lage des deutschen Wirtschaftslebens. Am 7. und 8. November über die Standorte der deutschen Industrie und den Witterungsbericht auf deutschen Eisenbahnen schiederte er die Bedingungen, die der Weltwirtschaftsleben und die Revolution auf die Grundlagen unserer Wirtschaft ausgelöst haben. Er bezeichnete die Auffassung, als ob die deutsche Wirtschaft noch völlig intakt sei, als durchaus irrtümlich. Sie sei in ihren Grundlagen zerfallen und erschüttert. Die Eisenindustrie sei infolge des Verlustes von Rohstoffen, der bereits entbehrlich, fast völlige Abhängigkeit von der ausländischen Erzeugung eine Galutindustrie geworden. Der Verlust Oberösterreichs und Lothringens sei durch einen qualitativ höchst gesteigerten Arbeitsprozeß auszugleichen werden.
In diesem Zusammenhang äußerte sich Generaldirektor Bögler auch über das Verhältnis der Rheinindustrie zu Frankreich. Die deutsche Schwerindustrie werde sich weder dem Sozialismus noch dem Imperialismus beugen. Wenn es zu dem ererbten Verfall zusammenarbeiten mit den weltlichen, jetzt französischen Verfall kommen sollte, dann nur unter Bedingungen, die unsern nationalen Ehregefühl entsprechen.
Sofern man es auf die Beteiligung des Mittelstandes an der Wirtschaft zu sprechen und forderte, daß dem jetzigen Niedergang des Mittelstandes dadurch Einhalt geboten werde, daß einseitige, unerschöpfliche Forderungen der Arbeiter abgelehnt würden, andererseits die Arbeitgeber zu einer Produktionsleistung komme, bei der auch die unentbehrlichen Schichten der geistigen Arbeiter und des Mittelstandes leben und arbeiten könnten. Der Arbeiter sieht eine Zeit bevor, in der er nicht mehr als Lohnempfänger, sondern als selbständige Kraft in der Welt zu bestehen hat. Die Arbeitslosigkeit wird sich vermindern, die Arbeitslosen werden leben, daß ihnen kein Lohn helfen könne, daß es allein auf die eigene Kraft und auf eine betriebsunfähige Zusammenarbeit mit der Unternehmerklasse ankomme.

Regierungs-Maßnahmen

Paris, 28. November.
Vestern vormittag hat im Elysée unter Millerands Vorsitz und Teilnahme von Poincaré, Koch, dem Kriegsminister, dem Finanzminister, dem Minister für die besetzten Gebiete und den französischen Delegierten bei der Reparationskommission, eine wichtige Konferenz stattgefunden.
Cuno berichtet über die Sitzung im Elysée eine Mitteilung, in der es u. a. heißt, sie glaube zu wissen, daß die Regierung sich ausgiebig damit beschäftigt, die Wirth'schen Maßnahmen, die er in seiner letzten Note über die Reparationsfrage mitgeteilt hat, zu prüfen. Es sei ein Aktionsplan vorbereitet, den Poincaré seinem englischen, italienischen und belgischen Kollegen mitteilen wird. Im Laufe der Vorbereitungen zur Brüsseler Konferenz zur Ratifizierung vorliegen werde.
Die französische Regierung werde getrieben der auf der letzten Konferenz von Poincaré aufgestellten These gemäß, die eine aus der Reparationsfrage resultierende Entbindung Deutschlands von seinen Verpflichtungen zu bedeuten, wenn es nicht als genöthigt Schuldner eines anderen Wert stelle. In der Tat würde die Besetzung des Ruhrgebiets den Willkür unterworfen. Die Besetzung des Ruhrgebiets würde dem Reich zur Erfüllung des Vertrages zwingen, denn das Reich würde dann bemerkt werden, daß die Hypothek aufgehoben werden. Die Aushebung der Staatsgaranten im Ruhrgebiet soll in Auge gefaßt werden sein.

Regierungs-Maßnahmen

Berlin, 27. November.
Reichspräsident Cuno beschäftigt, in möglichst kurzer Zeit die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin einzuladen. Ein genauer Termin für diese Anwesenheit steht noch nicht fest.
Wie erfahren, daß das Reichskabinett nunmehr in Einzelberatungen über die einzelnen Programmpunkte der neuen Regierung eingetreten ist, und daß im Vordergrund die Entschädigungsfrage und die Verhandlungen mit der Entschädigungskommission stehen. Durch die letzte Note hat sich die deutsche Regierung mit Maßnahmen zur Stabilisierung der Reichsfinanz verstanden erklärt und, die beste Lösung der Verhältnisse im Innern als aus den Zugeständnissen seitens des Reichsbundes abhängig sind, so werden jetzt die inneren Maßnahmen besprochen, um Deutschlands Erfüllungswilligkeit von neuem zu zeigen. Dabei scheinen besonders Steuermaßnahmen und Maßnahmen gegen die Devisenflucht eine große Rolle zu spielen. Man will verhindern, daß die säumigen Steuerzahler einen Vorteil aus der Gebührentragung ziehen und beabsichtigt daher eine Entwertung.

Regierungs-Maßnahmen

Berlin, 27. November.
Reichspräsident Cuno beschäftigt, in möglichst kurzer Zeit die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin einzuladen. Ein genauer Termin für diese Anwesenheit steht noch nicht fest.
Wie erfahren, daß das Reichskabinett nunmehr in Einzelberatungen über die einzelnen Programmpunkte der neuen Regierung eingetreten ist, und daß im Vordergrund die Entschädigungsfrage und die Verhandlungen mit der Entschädigungskommission stehen. Durch die letzte Note hat sich die deutsche Regierung mit Maßnahmen zur Stabilisierung der Reichsfinanz verstanden erklärt und, die beste Lösung der Verhältnisse im Innern als aus den Zugeständnissen seitens des Reichsbundes abhängig sind, so werden jetzt die inneren Maßnahmen besprochen, um Deutschlands Erfüllungswilligkeit von neuem zu zeigen. Dabei scheinen besonders Steuermaßnahmen und Maßnahmen gegen die Devisenflucht eine große Rolle zu spielen. Man will verhindern, daß die säumigen Steuerzahler einen Vorteil aus der Gebührentragung ziehen und beabsichtigt daher eine Entwertung.

Regierungs-Maßnahmen

Paris, 28. November.
Vestern vormittag hat im Elysée unter Millerands Vorsitz und Teilnahme von Poincaré, Koch, dem Kriegsminister, dem Finanzminister, dem Minister für die besetzten Gebiete und den französischen Delegierten bei der Reparationskommission, eine wichtige Konferenz stattgefunden.
Cuno berichtet über die Sitzung im Elysée eine Mitteilung, in der es u. a. heißt, sie glaube zu wissen, daß die Regierung sich ausgiebig damit beschäftigt, die Wirth'schen Maßnahmen, die er in seiner letzten Note über die Reparationsfrage mitgeteilt hat, zu prüfen. Es sei ein Aktionsplan vorbereitet, den Poincaré seinem englischen, italienischen und belgischen Kollegen mitteilen wird. Im Laufe der Vorbereitungen zur Brüsseler Konferenz zur Ratifizierung vorliegen werde.
Die französische Regierung werde getrieben der auf der letzten Konferenz von Poincaré aufgestellten These gemäß, die eine aus der Reparationsfrage resultierende Entbindung Deutschlands von seinen Verpflichtungen zu bedeuten, wenn es nicht als genöthigt Schuldner eines anderen Wert stelle. In der Tat würde die Besetzung des Ruhrgebiets den Willkür unterworfen. Die Besetzung des Ruhrgebiets würde dem Reich zur Erfüllung des Vertrages zwingen, denn das Reich würde dann bemerkt werden, daß die Hypothek aufgehoben werden. Die Aushebung der Staatsgaranten im Ruhrgebiet soll in Auge gefaßt werden sein.

Regierungs-Maßnahmen

Berlin, 27. November.
Reichspräsident Cuno beschäftigt, in möglichst kurzer Zeit die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin einzuladen. Ein genauer Termin für diese Anwesenheit steht noch nicht fest.
Wie erfahren, daß das Reichskabinett nunmehr in Einzelberatungen über die einzelnen Programmpunkte der neuen Regierung eingetreten ist, und daß im Vordergrund die Entschädigungsfrage und die Verhandlungen mit der Entschädigungskommission stehen. Durch die letzte Note hat sich die deutsche Regierung mit Maßnahmen zur Stabilisierung der Reichsfinanz verstanden erklärt und, die beste Lösung der Verhältnisse im Innern als aus den Zugeständnissen seitens des Reichsbundes abhängig sind, so werden jetzt die inneren Maßnahmen besprochen, um Deutschlands Erfüllungswilligkeit von neuem zu zeigen. Dabei scheinen besonders Steuermaßnahmen und Maßnahmen gegen die Devisenflucht eine große Rolle zu spielen. Man will verhindern, daß die säumigen Steuerzahler einen Vorteil aus der Gebührentragung ziehen und beabsichtigt daher eine Entwertung.

Regierungs-Maßnahmen

Berlin, 27. November.
Reichspräsident Cuno beschäftigt, in möglichst kurzer Zeit die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin einzuladen. Ein genauer Termin für diese Anwesenheit steht noch nicht fest.
Wie erfahren, daß das Reichskabinett nunmehr in Einzelberatungen über die einzelnen Programmpunkte der neuen Regierung eingetreten ist, und daß im Vordergrund die Entschädigungsfrage und die Verhandlungen mit der Entschädigungskommission stehen. Durch die letzte Note hat sich die deutsche Regierung mit Maßnahmen zur Stabilisierung der Reichsfinanz verstanden erklärt und, die beste Lösung der Verhältnisse im Innern als aus den Zugeständnissen seitens des Reichsbundes abhängig sind, so werden jetzt die inneren Maßnahmen besprochen, um Deutschlands Erfüllungswilligkeit von neuem zu zeigen. Dabei scheinen besonders Steuermaßnahmen und Maßnahmen gegen die Devisenflucht eine große Rolle zu spielen. Man will verhindern, daß die säumigen Steuerzahler einen Vorteil aus der Gebührentragung ziehen und beabsichtigt daher eine Entwertung.

Dollar: 8600 nach 8350

Was bedeutet der Name FEIST-CABINET

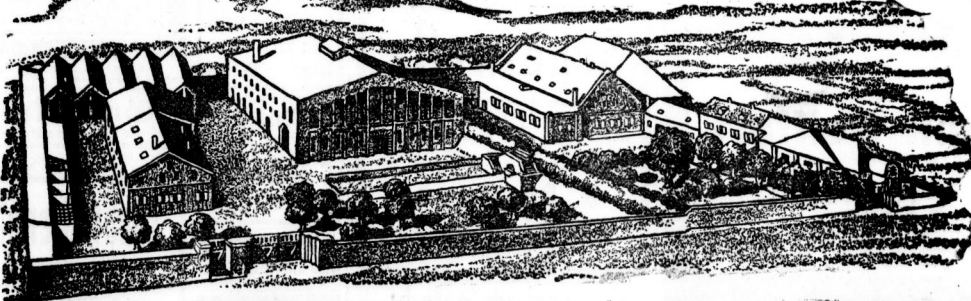
?



„Cabinet-Wein“

*ist die seit Alters übliche Bezeichnung
der ehem. herzogl. nassauischen u. der
preussischen Domäne für deren beste
Gewächse.*

*Unsere Marke FEIST-CABINET
führt daher seit über 50 Jahren mit
Fug und Recht ihren Namen, da zu
ihrer Herstellung Hochgewächse des
Rheines u. der Mosel verwendet werden*



FEIST SEKTKELLEREI A.-G. FRANKFURT 

• seit 1828 •

Besichtigung der Kellerei-Anlagen ist gestattet

